

# Dresdner Volkszeitung

Hauspostanschrift: Dresden,  
Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Nordstadt und Dresden-Südstadt

Abzugspreis einschließlich Fringerlohn monatlich 5000.— M., durch die Post bezogen monatlich 5000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1750.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonnabendnummer 300.— M.  
Telegraphisch-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8spaltige Nonpareilzeile 400.— M., auswärts 500.— M., die 8spaltige Reklamezeile 1500.— M., auswärts 1800.— M., Ausband 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung, Familienangehörige, Stellen- u. Mietangebote 40 Proz. Rabatt. Für Preisermäßigung 150 M.

Nr. 122

Dresden, Dienstag den 29. Mai 1923

31. Jahrg.

## An das werttätige Volk Dresdens!

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Männer und Frauen!

Die unterzeichneten Körperschaften fordern euch für Mittwoch den 30. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, zu einer

### Demonstration gegen Teuerung und Wucher nach dem Wiener Platz auf!

Die Betriebsarbeiterschaft

marschiert unter Führung der gewerkschaftlichen Vertrauensmänner sowie der Betriebsvertrauensleute der V. S. P. D. und R. P. D. geschlossen nach dem Stellplatz.

Der Wiener Platz wird in drei Teile geteilt, von denen jeder Teil geschlossen abmarschiert und sich geschlossen auflöst.

Teil rechts: Abmarsch Wiener Straße, Lennéstraße, Dürerplatz, Auflösung Dürerplatz;

Teil Mitte: Abmarsch nach Prager Straße, Carolabrücke, Wilhelmplatz, Auflösung Wilhelmplatz;

Teil links: Abmarsch nach Ammonstraße, Hohe Brücke, Hohe Straße, Auflösung Crispiplatz.

Der proletarische Selbstschutz

sammelt sofort nach Abmarsch vom Wiener Platz auf dem Theaterplatz. Er macht sich kenntlich durch rote Armbinden.

Werttätiges Volk!

Mache diese Demonstration zu einer wichtigen und würdigen Kundgebung. Hüte dich vor nationalistischen Provokateuren und übe die stets bewährte Ruhe und Besonnenheit, damit der Eindruck ein nachhaltiger wird; denn nur im geschlossenen Willen liegt deine Kraft.

Vereinigte Sozialdemokratie Dresdens. / Kommunistische Partei Dresdens.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Dresden.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Dresden.

Allgemeiner deutscher Beamtenbund, Ortsausschuß Dresden. / Erwerbslosenrat Groß-Dresden.

## Gefahren der Selbsthilfe

Die Unruhen in unserer Stadt haben einen bedauerlichen Umfang angenommen. Bei der Verteilung der Vorräte darf freilich nicht verkannt werden, daß die Missetatung, die unsere Bevölkerung ergriffen hat, nur zu berechtigt ist. In unerhörter Weise sind in den letzten Tagen infolge des Steigens des Dollars die Preise in die Höhe geklettert, die Löhne und Gehälter und die Unterstützungssätze der Arbeitslosen sind nicht entfernt dem Steigen der Lebenshaltungskosten gefolgt. In Tausenden von Familien herrscht heute die bitterste Not und aber Tausenden ist es nicht möglich, auch nur den allernotwendigsten Lebensbedarf zu beschaffen.

Auf welche Ursachen dieser Zustand zurückzuführen ist, braucht in unserer Zeitung kaum noch einmal ausgeführt zu werden. Wir bedanken ihn in erster Linie dem verheerenden Weltkrieg und dem unsinnigen Friedensvertrag. Aber trotzdem brauchte es nicht so schlimm zu sein, wie es ist, wenn nicht die bürgerliche Mehrheit des Reichstages eine so volksfeindliche Wirtschaftspolitik getrieben hätte. Jetzt sind wir glücklich so weit, daß von der Zwangswirtschaft des Krieges kaum mehr etwas übrig ist. Damit Händler und Erzeuger unbeschränkt die „Konjunktur“ ausnützen können, hat man fast alle Stempel der Wirtschaft beseitigt, obgleich man wissen mußte und auch mußte, daß bei freier Wirtschaft ein Steigen der Devisenkurse sofort auch ein schnelles Steigen aller Preise im Inland nach sich zieht. All das ist freilich nur deswegen möglich gewesen, weil ein großer Teil des Volkes, weil auch so viele Proletarier bei den letzten Reichstagswahlen versagt haben und ihre Stimmen nicht den proletarischen Parteien gaben, sondern sich durch die Leitung der bürgerlichen Parteien einfangen ließen. Die Folgen einer verfehlten und gefährlichen Wirtschaftspolitik lassen sich nun nicht wieder gutmachen.

In Sachsen haben wir eine sozialistische Regierung, die alles was in ihren Kräften steht, tut, um die Bevölkerung vor Wucher und Ausbeutung zu schützen. Aber dieser Regierung sind durch die Reichsgesetze enge Grenzen gesetzt. Sie kann nur dort eingreifen, wo der Wucher und die Preistreiberei in besonders krassen Formen zutage treten. Und dann ist überhaupt der Staat der Wirtschaft gegenüber nicht allmächtig. In keinem Lande und zu keiner Zeit ist es jemals einer Regierung gelungen, durch politische Maßnahmen bei freier Wirtschaft Preissteigerungen zu verhindern, wenn die Entwertung des Geldes schnelle Fortschritte macht. Nach weniger als Regierung und Behörden können Privat-

personen durch Drohungen und Gewalttaten ein Herabsetzen der Preise erzwingen. Sie können höchstens erreichen, daß vorübergehend hier und da einmal Geschäftsleute einige Posten Waren billig abgeben. Aber, wie mancherlei Erfahrungen gerade in der letzten Zeit gezeigt haben, ist die Folge ein Ausbleiben der Zufuhr und die Versorgung der Bevölkerung wird aufs höchste erschwert. Derartige Versuche von Privatpersonen, die Preisbildung durch Drohungen und Gewalttaten zu beeinflussen, sind nicht nur zwecklos, sondern auch schädlich, und sie müssen zu Konflikten der Beteiligten mit den Behörden führen. Denn keine Regierung — mag sie beschaffen sein, wie sie will — kann, wenn sie sich nicht selbst ihr Grab graben will, ungeschickte Eingriffe von Privatpersonen in den Geschäftsverkehr dulden. So bringen derartige Übergriffe, wie wir sie hier in den letzten Tagen beobachtet haben, gerade eine sozialistische Regierung in eine ungeheuer schwierige Lage, und die rechtsradikalen Feinde des Proletariats und der Republik müssen ihre helle Freude daran haben. Deswegen ist es ja auch wahrscheinlich, daß Treiber von rechts ihre Hände im Spiele haben.

Es ist begreiflich, daß Arbeitslose sich besonders leicht zur Teilnahme an derartigen Unruhen hinziehen lassen. Es geht dem Arbeiter natürlich in dieser kapitalistischen Welt und besonders im heutigen Deutschland schon schlecht genug, wenn er arbeitet, aber er kommt in eine geradezu verzweifelte Lage, wenn er arbeitslos ist. Kein Wunder, daß da bei manchem die ruhige Ueberlegung ausbleibt. Aber so viel Verständnis wir auch für die Stimmung haben, die unter den heutigen Umständen einen großen Teil unseres Volkes ergreift, so müssen wir doch von jedem Proletarier fordern, daß er sich von allen Unruhen fernhält. Die herrschenden Missetaten werden nun einmal durch Gewalttaten nicht beseitigt. Aber jeder, der an den Unruhen teilnimmt, trägt dazu bei, die Reaktion zu stärken, er hilft mit, die Missetatung des Proletariats in Deutschland zu untergraben.

Selbstverständlich ist es damit nicht getan, daß man die Unruhen unterdrückt und Ausschreitungen verhindert. Zwar hat heute in Deutschland niemand die Mittel in der Hand, um dem Wucher der großen Massen ein Ende zu bereiten. Aber was geschehen kann, um die Not zu mildern, das muß geschehen. Früheste Zeit ist es, daß die viel zu geringe Arbeitslosenunterstützung gehobener wird. Die Sozialdemokratie hat schon vor längerer Zeit eine Erhöhung der Höhe um 100 Prozent gefordert, während die bürgerlichen Parteien nur einer Er-

höhung um 30 Prozent zugestimmt haben. Hier muß schleunigst Hilfe kommen.

Freilich wird die Arbeitslosenunterstützung immer eine sehr ungenügende Hilfe für die Arbeitslosen bleiben. Wichtiger wäre es, wenn man ihnen Arbeit geben könnte. Wie wissen, daß es in dieser kapitalistischen Gesellschaft nicht möglich sein wird, die Arbeitslosigkeit aus der Welt zu schaffen und besonders nicht in dieser Zeit, wo die Weltwirtschaft durch den Krieg und den unsinnigen Friedensvertrag so gerüttelt ist. Aber es wäre tragend notwendig, daß die Bestimmungen der produktiven Erwerbslosenfürsorge, die heute nahezu ein Meffer ohne Best und Klinge ist, so ausgestaltet würden, daß man mit ihrer Hilfe Arbeiter in größerer Zahl beschäftigen könnte. Vor allen Dingen wäre es notwendig, daß in größerem Umfang als heute Wohnungen gebaut würden, die vor so bitter notwendigem Brauchen. Mögen die beherrschenden Vorgänge in Dresden dem Reichstag und der Reichsregierung zur Warnung dienen, damit alles geschieht, was möglich ist, um wenigstens die ärgste Not zu be-  
seitigen.

## Die Lage im Ruhrgebiet

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben: Die Bewegung in den Stadt- und Landkreisen Gelsenkirchen, Dortmund und Bochum, also in den eigentlichen Industriezentren des Ruhrgebiets, erinnert in ihren Einzelheiten an die Bewegung im Frühjahr 1919. Wie damals der Zusammenbruch, so hat jetzt die Invasion der Franzosen und Belgier eine gewisse geistige Umwälzung in die Arbeiterbewegung gebracht, die von einer kleinen Schicht verantwortungsloser Führer benutzt wird, um Fehden, Gassenkriege und Fabriken stillzulegen, ohne überhaupt irgendwelche klare Richtlinien wirtschaftlicher oder politischer Art damit zu verfolgen.

Die Arbeiterschaft wehrt sich im allgemeinen gegen das Treiben dieser Terroristen. Überall hört man, daß nur unter dem Zwange des Terrors die Arbeitsstellen verlassen werden. Eine heftige Gegenaktion aus den Reihen der Arbeiterschaft selbst, wie sie 1919 erfolgte, hat bis jetzt noch nicht eingesetzt. Es wäre aber völlig verfehlt, die Bewegung nur auf die Höhe und die ausländische Provokation zurückzuführen. Der Zusammenbruch der Stützungsaktion hat große Unruhe in die Bevölkerung getragen. Zur Explosion kam es, als die Händler, nachdem der Dollar stieg, die Preise dem Stande des Dollars anpaßten. Das geht besonders daraus hervor, daß sich die Bewegung zunächst gegen die ungeheure Steigerung der Preise für Fett und Fleisch auf dem Gelsenkirchener Fleischmarkt wandte. Unter der Parole Preisabbau gingen hier die ersten Exzesse vor sich. Die wirtschaftlich schwere Lage der arbeitenden Bevölkerung ist nicht zu verkennen. Arbeiter und Angestellte — und es kommen besonders Arbeiter in Betracht — haben von den Werken große Vorschüsse erhalten, die jetzt zum Teil einbehalten wurden. So trat der Fall ein, daß Familienväter nur 20 000, 40 000 und 60 000 M. ausgezahlt erhielten. Die Missetatung wurde noch durch die infolge des Verdrückens der deutschen Mark eingetretene Kauffeier gesteigert. Außerdem macht man den Berliner Stellen den Vorwurf, daß sie die Kohleregelung verschleppt haben, und dieser Vorwurf ist berechtigt, weil in dieser Beziehung viel schneller und energischer eingegriffen werden mußte. Die Bureaukratie, die man an vielen Stellen in Verkan findet, richtet größeren Schaden an, als man in der Reichshauptstadt wohl denkt.

Der Einfluß der örtlichen kommunistischen Agitation ist nicht zu verkennen. Die Fehde, die von kommunistischer Seite und den Unionisten wochenlang in Presse und Versammlungen betrieben wurde, mußte schlimme Folgen haben. Auf jeden Fall hat die kommunistische Fehde das terroristische Treiben begünstigt. Auf diesem Boden ist auch die Tätigkeit französischer Agenten, die ohne Frage ihre Hand im Spiele haben, erst möglich geworden, wenn auch direkte Beweise für diese Tätigkeit französischer Spione und Provokateure noch nicht zu erbringen sind. Wie weit die Rechtsorganisationen die Bewegung für ihre besonderen Zwecke benutzen, kann ebensowenig festgestellt werden. Fest steht, daß in den sogenannten proletarischen Wehren sich vielfach fremde Gestalten befinden, über die man im Zweifel sein kann, ob sie rechts oder links gerichtet sind. Viel bestrebt wird die Tätigkeit des Selbstschutzes. Wir haben uns um Klarheit über die Zusammenhänge des Gelsenkirchener Selbstschutzes eifrig bemüht und festgestellt, daß sich der Hauptteil aus Konfessanten jüdischen Glaubens zusammensetzt, denen sich Parteigenossen und freigeorganierte Gewerkschaftler angeschlossen haben. Wenn sich rechtsgerichtete faschistische Elemente zu diesem Selbstschutz gefunden haben, so können diese nur einen kleinen Bruchteil ausmachen. Die Fehde konnte sich höchstens auf ein Dutzend beschränken. Allerdings hat der Selbstschutz in Gelsenkirchen eine große taktische Dummheit begangen, indem er am Mittwoch nach den Vorfällen auf dem Gelsenkirchener Markt die Vorkämpfer abführte, um eine kommunistische Versammlung im Kristallpalast zu verhindern. Erreicht wurde nur, daß sich Unruhen bildeten und es zu den ersten Zusammenstößen kam. Das war nur möglich, weil die in Frage kommenden Stände durch die französische Besatzung systematisch von der Selbstpolizei entzweit waren.

## Nachrichten über die Streiks

Dortmund, 28. Mai. (Eig. Draht.) In Dortmund und im Landkreis Dortmund ist es, abgesehen von kleineren Zwischenfällen, am Montag ruhig geblieben. Auf der Höhe vom Gelsenkirchener Markt ist eine Abstimmung von 450 Abstimmenden 390 für Arbeitslosen-